Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 222 (1949)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948)

Wer die politische Entwicklung des Berichtsjahres nach dem beurteilt, was sie zur Wiederherstellung und Festigung des Friedens in der Welt beigetragen hat, der wird ihr leider keine gute Note geben können. Das ausgesprochene Dürrejahr war in dieser Hinsicht auch politisch eine Zeit der Dürre. Von den entscheidenden internationalen Fragen, die schon bald nach Kriegsende auftauchten und sich als harte Nüsse erwiesen haben, ist von den Staatsmännern auch in den letzten zwölf Monaten keine geknackt worden. Besonders die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den angelsächsischen Mächten Amerika und England auf der einen und der Sowjetunion auf der andern Seite, auf die der Chronist schon früher mehrfach hinweisen mußte, bestehen weiter. Es ist trotz einigen Versuchen bisher nicht gelungen, diesen „Graben" zwischen West und Ost zu überbrücken. Ja, zeitweise hat er sich sogar eher verbreitert, und zugleich ist von beiden Seiten die Auseinandersetzung mit Reden, Propaganda und einzelnen politischen Demonstrationen und Aktionen derart scharf geführt worden, daß man allgemein von einem „kalten Krieg" sprach.

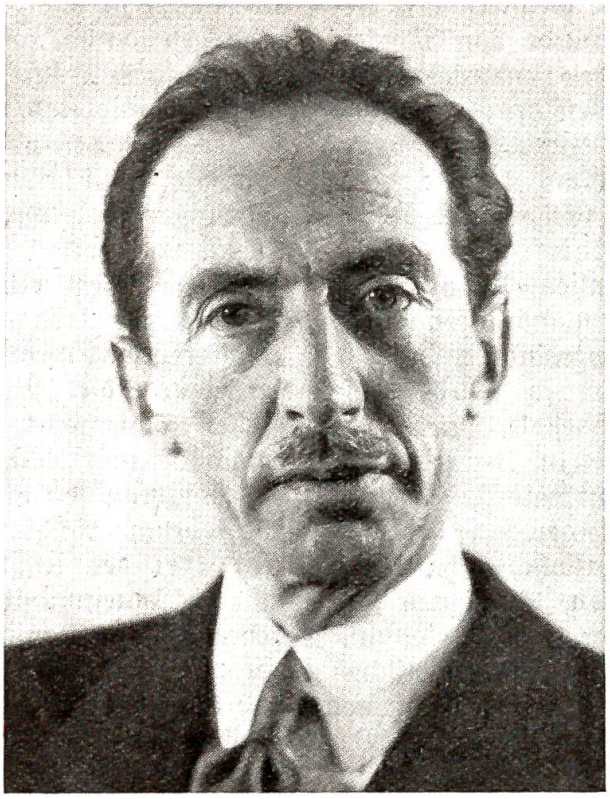
Mehr als einmal war in diesem „kalten Krieg" zu befürchten, es könnte irgendein „Zwischenfall" die direkte Ursache zu einem neuen „heißen" Krieg mit seinen unabsehbaren Folgen werden. Glücklicherweise aber ist es so weit nicht gekommen. Der Zeitungsleser ist zwar mehrfach auf regelrechte Kriegsberichte gestoßen. Denn die Bürgerkriege in China und Griechenland schleppen sich blutig weiter; es kam auch in Indonesien erneut zu bewaffneten Auseinandersetzungen, und schließlich ist in Palästina zwischen Arabern und Juden der offene Krieg ausgebrochen. Aber alle diese Konflikte wuchsen doch nicht über ihren lokalen Rahmen hinaus. Der Grund dafür ist freilich weniger in den Vermittlungsaktionen und Schlichtungsversuchen des Sicherheitsrates der UNO zu suchen, sondern liegt vielmehr in der Tatsache, daß keine der maßgebenden Großmächte sich mit ihren bewaffneten Kräften offen zur Wahrung eigener Interessen in diese Konflikte einzumischen wagte. Man zögerte, weil nicht abzusehen war, was in einem solchen Falle der Gegenspieler tun würde. Das Vertrauen in die eigene Macht vermochte das Mißtrauen gegenüber dem möglichen Gegner von morgen nicht aufzuwiegen, und um sich für alle Fälle vorzusehen und nach Möglichkeit zu sichern, verlegten die maßgebenden Großmächte ihre Anstrengungen hauptsächlich auf die Festigung und Erweiterung ihres machtpolitischen Einflusses durch wirtschaftliche, politische und militärische Abkommen und Bündnisse.

Dieser Ausbau der machtpolitischen Fronten, der westlichen und der östlichen, ist ein Hauptmerkmal der Entwicklung im Berichtsjahr. Hand in Hand damit machten sich vielfach auch Tendenzen zur Verstärkung der militärischen Rüstungen bemerkbar; besonders scheinen die Versuche zur Gewinnung von sogenannten Geheimwaffen intensiv betrieben worden zu sein, und in Amerika beispielsweise wurde offiziell bestätigt, daß bereits eine verbesserte und weit wirksamere Atombombe entwickelt worden sei. Daß unter solchen Umständen die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der UNO wenig fruchtbar war, das Ansehen der UNO eher zurückging als zunahm, ist verständlich. Das alles will aber nicht heißen, daß die Welt unweigerlich einer neuen Katastrophe entgegentreibt. Der Weg zum Frieden steht heute immer noch ebenso offen wie der zu einem Krieg. Daß wir aber erneut eine Epoche gefährlicher Spannungen durchleben, ist unverkennbar, und es gilt, die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen, wenn man nicht eines Tages von den Ereignissen überrascht werden will.

*

Die erwähnte Zweiteilung Europas und der Ausbau der beiden Fronten vollzog sich vornehmlich unter zwei Parolen. Im Westen lautete die Parole „Marshall-Plan", im Osten hieß sie „Kominform", eine Abkürzung für „Kommunistische Informationsstelle", deren Errichtung im Herbst verkündet wurde. „Marshall-Plan" und „Kominform" waren gleichsam die Feldzeichen und Fahnen, die über den beiden Lagern aufgezogen wurden und um die man sich hüben und drüben scharte.

Was zunächst den Marshall-Plan betrifft, über dessen Anfänge bereits die letztjährige Chronik berichtet hat, so setzten die Westmächte trotz russischer Gegnerschaft ihre Bemühungen um seine Verwirklichung fort. Auf eine englisch-französische Einladung hin traten am 12. Juli die Vertreter von 16 europäischen Staaten, darunter auch der Schweiz, in Paris zu einer Konferenz zusammen, um die Bedürfnisse Europas an amerikanischer Hilfe festzulegen; osteuropäische Staaten wie die Tschechoslowakei, die ihre Mitarbeit anfänglich ebenfalls zugesagt hatten, mußten jedoch die Zusage auf Weisung Moskaus in letzter Stunde wieder zurückziehen. Die Konferenz dauerte bis weit in den September hinein, und auch nachher noch waren langwierige Verhandlungen und Konferenzen notwendig, bis endlich ein Plan ausgearbeitet war, der vorläufig amerikanische Warenlieferungen und Kredite im Gesamtbetrag von über 6000 Millionen Dollars oder rund 25 Milliarden Schweizerfranken vorsah, wovon 5300 Millionen Dollars unter der Bezeichnung ERP (European Recovery Program) allein auf Westeuropa entfielen, während der Rest für China, Griechenland, die Türkei und andere Zwecke reserviert blieben. Im März stimmte das amerikanische Parlament diesem für rund ein Jahr berechneten Programm zu, worauf es am 3. April von Präsident Truman unterzeichnet wurde und Rechtskraft erlangte.



Enrico Celio
Bundespräsident für das Jahr 1948
Photopreß, Zürich

In gewissem Zusammenhang mit dem Marshall-Plan stand sodann auch die sogenannte West-Union. Immer wieder war von Amerika aus betont worden, daß Europa sich nicht einfach auf die amerikanische Hilfe verlassen dürfe, sondern sich auch selber helfen müsse. Deshalb wohl regte der britische Außenminister Bevin im Januar in einer Rede eine „westliche Union" an, ein Vorschlag, der im wesentlichen auf eine Erweiterung der im Vorjahr geschlossenen französisch-britischen Allianz von Dünkirchen abzielte. Während ein Beitritt der neutralen Schweiz zu einem solchen Abkommen nicht in Frage kam und auch die skandinavischen Staaten ihre Neutralität in den Vordergrund rückten, stimmten Belgien, Holland und Luxemburg dem Vorschlag zu, und nach relativ kurzen Verhandlungen wurde der Westpakt am 17. März in Brüssel von Großbritannien, Frankreich und den drei eben genannten Staaten unterzeichnet. Auf die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen, sieht er die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sowie die gemeinsame Verteidigung „im Falle eines Angriffs in Europa" vor und steht jederzeit auch andern europäischen Staaten zum Beitritt offen. Belgien, die Niederlande und Luxemburg traten in diesem Zeitpunkt bereits als eine Art Einheit auf, da sie sich Ende Oktober unter der Bezeichnung „Benelux" — eine Zusammensetzung aus den ersten Silben der Ländernamen, die lateinisch soviel wie Gutes (bene) Licht (lux) bedeutet — zu einer Zollunion zusammengeschlossen hatten. Bemühungen, dieses „gute Licht" einer europäischen Zollunion voranleuchten zu lassen, wurden mehrfach unternommen. Während der Marshallplan-Konferenz in Paris bildete sich aus den Vertretern von zwölf Regierungen, darunter auch der

Schweiz, eine spezielle Studiengruppe zur gründlichen Prüfung des Problems, doch konnten positive Ergebnisse bisher nicht erzielt werden. Ebenso blieben die zahlreichen mehr privaten Konferenzen, die die „Vereinigten Staaten von Europa" erstreben und zum Teil in der Schweiz abgehalten wurden, bisher ohne greifbare Ergebnisse.

Diese Entwicklung im Westen stieß im Osten auf Mißtrauen und wachsende Gegnerschaft. Besonders der Marshall-Plan wurde von Moskau als Ausdruck des „amerikanischen Imperialismus" gedeutet, dessen Ziel es sei, Westeuropa unter die Herrschaft des Dollarkapitalismus zu bringen. Gleichzeitig suchte die Sowjetunion im eigenen Einflußgebiet ihre Macht zu festigen und zu erweitern. Hatte sie bisher die Ratifizierung der Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland offensichtlich hinausgezögert und damit verhindert, daß sie rechtskräftig werden konnten, so wurde diese Formalität jetzt plötzlich nachgeholt, worauf die Verträge am 15. September in Kraft traten. Damit nahm das Besetzungsregime in diesen fünf Staaten ein Ende, und sie gewannen formell ihre Souveränität zurück. Inzwischen hatte sich jedoch besonders in Bulgarien, Rumänien und Ungarn die Machtposition der dortigen kommunistischen Parteien im Schutze der sowjetischen Besetzung derart gefestigt, daß der Einfluß der russischen Politik auch nach Aufhebung der Besetzung weitgehend gesichert blieb. Um diesen Einfluß jedoch weiter zu stärken, schritt Moskau zur Gründung der „Kominform": kommunistische Parteiführer Frankreichs, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns hielten Ende September in Warschau unter der Leitung Schdanows, des Generalsekretärs der russischen kommunistischen Partei, eine Geheimkonferenz ab und riefen in einem acht Tage später veröffentlichten Manifest alle Kommunisten zur Sammlung und zum Kampf gegen „die Imperialisten und Antidemokraten" auf, wobei besonders England und Amerika genannt und die Sozialdemokraten Westeuropas als Verräter der Arbeiter und als Schrittmacher des „amerikanischen Kapitalismus" bezeichnet wurden. Zugleich wurde die Bildung eines zentralen kommunistischen Informationsbureaus in Belgrad bekanntgegeben. Alle Welt war sich einig darüber, daß mit dieser „Kominform" die im Mai 1943 aufgelöste Kommunistische Internationale, die „Komintern", in neuer Gestalt wieder auferstand.

Immer rücksichtsloser griffen die Kommunisten fortan besonders in den osteuropäischen Staaten zu. Die dortigen Bauernparteien, die noch als einzige namhafte Oppositionsparteien übriggeblieben waren, wurden an die Wand gedrückt oder aufgelöst, ihre Führer wie der Rumäne Julius Maniu und der Bulgare Nikolas Petkoff zu Zwangsarbeit oder zum Tode verurteilt; der polnische Bauernführer Mikolajczyk und der in den ungarischen Parlamentswahlen vom August erfolgreiche Zoltan Pfeiffer flohen ins Ausland. In Rumänien wurde am 30. Dezember König Michael zur Abdankung gezwungen und die „Volksrepublik" proklamiert. In allen diesen Ländern wurde die „Volksdemokratie" zum modischen Schlagwort, wurden neue Verfassungen eingeführt und „Wahlen" veranstaltet, aus denen die Kommunisten als Sieger hervorgingen. Am 25. Februar erfolgte dann auch in der Tschechoslowakei der Umsturz, nachdem der kommunistische Innenminister die Polizei in seine Hand gebracht hatte; Ministerpräsident Gottwald bildete ein fast ausschließlich kommunistisches Kabinett und trat im Juni nach dem Rücktritt des Staatspräsidenten Eduard Benesch, der die Unterzeichnung der neuen „volksdemokratischen" Verfassung verweigert hatte, an dessen Stelle. Gleichzeitig wurde in Osteuropa das bereits bestehende Netz von Beistandspakten weiter verdichtet: Rumänien und Ungarn schlossen solche Pakte mit Moskau; Bulgarien paktierte mit Jugoslawien, Albanien und der Tschechoslowakei; Jugoslawien mit Ungarn und Rumänien usw. Alle diese Pakte wurden auf die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen und glichen sich auch sonst wie ein Ei dem andern. Einzig Finnland, das im Februar von Stalin persönlich ebenfalls zum Abschluß eines solchen Paktes aufgefordert worden war, konnte nach langen Verhandlungen relativ günstige Bedingungen erreichen; auch gelang es den finnischen Kommunisten nicht, die „Volksdemokratie" durchzusetzen, wie sie es während einer Ministerkrise im Mai offensichtlich beabsichtigt hatten.

Zur allgemeinen Überraschung zeigte dann der scheinbar festgefügte „Ostblock" Ende Juni einen tiefen Riß. In einer langen Erklärung, die auf einer geheimen „Kominform"-Konferenz in Bukarest beschlossen worden war, wurde die kommunistische Partei Jugoslawiens plötzlich des Verrates am Marxismus und Leninismus beschuldigt. Dem „terroristischen, schimpflichen" Regime Marschall Titos wurde vorgeworfen, daß es den Weg zum Nationalismus beschritten habe und glaube, die Unabhängigkeit Jugoslawiens ohne Hilfe der andern „Volksdemokratien" und der Sowjetunion aufrechterhalten zu können. Nicht minder erstaunlich war, daß Tito und die jugoslawische Partei, die bisher als stärkste Stützen der „Kominform" gegolten hatten, diese Anklagen nicht einfach hinnahmen, sondern sie als Verleumdungen zurückwiesen und damit eine öffentliche Diskussion auslösten, die vor aller Welt tiefe politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb des kommunistischen Lagers enthüllte.

*

Die selbstherrliche, rücksichtslose Machtpolitik, die der Kommunismus in der zweiten Hälfte 1947 in den osteuropäischen Staaten betrieb, hatte die westlichen Großmächte als Mitunterzeichner der für diese Länder ausgearbeiteten Friedensverträge wiederholt zu scharfen Protesten veranlaßt. In der Regel aber blieben diese Schritte ergebnislos. Die Folge war eine stetig zunehmende antikommunistische Stimmung nicht nur in den Vereinigten Staaten und in England, sondern auch im gesamten europäischen Westen. In den Parlaments- oder in Gemeindewahlen, die im Verlauf des Herbstes in Frankreich, England, Dänemark, Norwegen und Finnland stattfanden, kam dies deutlich zum Ausdruck: überall gingen die kommunistischen Stimmen erheblich zurück. Einen wahren Schock aber löste dann im Westen der Umsturz in der Tschechoslowakei aus, weil man diesen Staat als eine östlichste Säule der westeuropäischen Demokratie betrachtet hatte.

Jetzt war der Westen alarmiert, um so mehr, als an der geheimen „Kominform"-Konferenz in Warschau ja auch die zahlenmäßig starken kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens

5. Olympische Winterspiele in St. Moritz
Aufmarsch der Schweizer zur Eröffnungsfeier

Photopreß-Bilderdienst Zürich

vertreten gewesen waren und damit zu erkennen gegeben hatten, wo die „Volksdemokraten" ihre nächsten Ziele sahen. Die dramatischen Ereignisse in der Tschechoslowakei trugen wesentlich dazu bei, daß der Marshall-Plan vom amerikanischen Parlament beschleunigt verabschiedet wurde und daß die West-Union in relativ kurzer Zeit Gestalt annahm. Als weiterer Schritt in dieser diplomatisch-politischen Gegenoffensive des Westens erfolgte am 20. März der gemeinsame Vorschlag Amerikas, Englands und Frankreichs, das internationale Territorium Triest an Italien zurückzugeben. In Italien, wo die Nationalversammlung im Dezember die neue republikanische Verfassung angenommen hatte, standen nun die Wahlen für das erste verfassungsmäßige Parlament bevor. Kommunisten und nationale Parteien schienen sich die Waage zu halten. Von Washington und von Moskau aus wurde daher mit allerhand Versprechungen indirekt in den Wahlkampf eingegriffen, um das Ergebnis im einen oder andern Sinne zu beeinflussen; aber kein Versprechen vermochte die nationalen Gefühle der Italiener so stark zu bewegen wie eben der Vorschlag über Triest. Die Internationalisierung dieses Adriahafens gehörte zu den für Italien schmerzlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages, und selbst die Kommunisten hatten, um ihre Anhänger nicht zu verlieren, die Lostrennung Triests nie offen gebilligt, obgleich gerade die Sowjetunion sie mit Rücksicht auf die Ansprüche Jugoslawiens in den Verhandlungen gefordert und erzwungen hatte. Jetzt antwortete Moskau auf den Vorschlag zur Rückgabe ausweichend, denn ein glattes Nein hätte die Aussichten der italienischen Kommunisten auf einen Wahlsieg von vorneherein zunichte gemacht. In den überall im Ausland mit großer Spannung erwarteten Wahlen, die am 18. April stattfanden und zu denen auch Tausende von Italienern und Italienerinnen aus der Schweiz in Extrazügen in ihre Heimat fuhren, erzielten dann die Regierungsparteien unter Führung der katholischen Christlich-Demokratischen Partei rund 48 Prozent, die Kommunisten rund 31 Prozent der insgesamt etwa 24 Millionen Stimmen; der Rest verteilte sich auf verschiedene kleinere republikanische und nationalistische Parteien.

Inzwischen hatte jedoch Moskau bereits zu einem politischen Gegenstoß ausgeholt, diesmal in Berlin, das innerhalb der von der Sowjetarmee besetzten Zone Deutschlands liegt, aber als ehemalige Reichshauptstadt wie Deutschland selber in vier Sektoren aufgeteilt worden ist, von denen die Russen, Amerikaner, Engländer und Franzosen je einen besetzt halten. Nachdem die Verhandlungen über die immer noch ausstehenden Friedensverträge für Deutschland und Österreich stets die gleichen Gegensätze zwischen West und Ost offenbart hatten, eine mehrwöchige Konferenz der Außenminister der vier Besetzungsmächte in London Mitte Dezember erfolglos abgebrochen worden war und im alliierten Kontrollrat, dem die Oberkommandierenden der vier Besetzungsarmeen angehören, die Zusammenarbeit praktisch ruhte, verfügten die Russen anfangs April plötzlich eine scharfe Kontrolle des Verkehrs vom Westen nach Berlin. Die Zufuhren stockten, und den westlichen Alliierten blieb zeitweise nur noch der Luftweg offen. Die russische Maßnahme wurde vielfach als Antwort auf den Vorschlag der Westmächte über Triest aufgefaßt und ließ die Absicht erkennen, die westlichen Alliierten zum Abzug aus Berlin zu veranlassen. Diese Absicht wurde noch deutlicher im Juni, als es hier zu einer neuen Krise kam. Da eine Verständigung mit Moskau über Deutschland immer wieder auf scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen war, hatten die Westmächte seit Mitte Februar selbständig Verhandlungen geführt, an denen auch die Benelux-Staaten beteiligt waren. Das Ergebnis wurde am 7. Juni in Form eines Abkommens publiziert, das Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Organisation Deutschlands auf föderalistischer Grundlage und für eine internationale Kontrolle der Ruhrindustrie enthielt. Als ersten Schritt führten die westlichen Alliierten am 20. Juni in ihren Zonen eine Währungsreform durch, wobei die Umwechslung der alten Noten im Verhältnis von zehn alten Reichsmark gegen eine neue „Deutsche Mark" verfügt wurde. Wenige Tage später antworteten darauf die Russen mit einer eigenen Währungsreform in der Sowjetzone. In Berlin nun führte das zu einem regelrechten Währungskrieg. „Deutsche Mark" stand gegen „Ost-Mark",

und die Presse der Sowjetzone forderte jetzt offen, daß die Westmächte Berlin zu verlassen hätten. Von einem Tag auf den andern unterbanden die Russen nicht nur erneut jeden Landverkehr vom Westen her, sondern sie stellten auch ihre eigenen Nahrungsmittellieferungen für die Westsektoren Berlins ein. Wiederum antworteten die westlichen Alliierten mit einem gewaltig gesteigerten Luftverkehr, der diesmal auch große Lebensmitteltransporte für die Millionenbevölkerung der Stadt umfaßte. Das Berichtsjahr ging jedoch zu Ende, ohne daß dieser „kalte Krieg" um Berlin entschieden war.

*

Auch sonst standen am Ende des Berichtsjahres noch verschiedene Fragen offen, die im Verlauf der zwölf Monate die politische Welt bald mehr, bald weniger stark beschäftigt hatten. An erster Stelle ist hier Palästina zu nennen. Da die britische Regierung wiederholt erklärt hatte, daß sie ihr Mandat unwiderruflich auf Mitte Mai niederlegen und ihre Truppen aus diesem Lande zurückziehen werde, war es nun an der UNO, eine Lösung des Problems zu suchen. Wie dies schon die Engländer getan hatten, schlugen auch die UNO-Organe die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor, wobei jedoch die Stadt Jerusalem keinem der beiden Staaten zugesprochen, sondern internationalisiert und einem von der UNO eingesetzten Gouverneur unterstellt werden sollte. Der Plan wurde Ende November von einer außerordentlichen Generalversammlung der UNO mit 22 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen gutgeheißen. Da jedoch die arabischen Staaten drohten, seine Durchführung mit Waffengewalt zu verhindern, und keine der maßgebenden Großmächte die nötigen Streitkräfte zur Durchsetzung des Beschlusses zur Verfügung stellen wollte, blieb die Angelegenheit in der Schwebe. Am 14. Mai, einen Tag vor dem Erlöschen des britischen Mandats, proklamierten dann die jüdischen Behörden Palästinas von sich aus den Staat Israel, den das Judentum seit 2000 Jahren erhofft habe. Die USA und die Sowjetunion anerkannten diesen neuen Staat, während

Diese lustige Figur wurde anläßlich der olympischen Spiele in St. Moritz aus Eis geformt.

Photo Hans Steiner, Bern

die Arabische Liga nun Truppen, besonders von Transjordanien und Ägypten her, die Grenzen Palästinas überschreiten ließ. Es folgten mehrwöchige Kämpfe, in deren Verlauf jede Partei im wesentlichen diejenigen Gebiete besetzte, die ihr der Teilungsplan zusprach. Nachdem dann die UNO in der Person des schwedischen Grafen Folke Bernadotte einen Vermittler nach Palästina gesandt hatte, kam es Mitte Juni zu einem Waffenstillstand und zu neuen Verhandlungen, die am Ende des Berichtsjahres noch andauerten.

Die siegreiche Schweizer Militärpatrouille der olympischen Winterspiele in St. Moritz 1948

Photopreß-Bilderdienst Zürich

Ebenfalls unentschieden ist immer noch der an grausamen Ereignissen reiche Bürgerkrieg in Griechenland. Wiederholt schon hat die Untersuchungskommission der UNO festgestellt, daß die kommunistischen Rebellen, deren General Markos inzwischen eine Art Gegenregierung gebildet hat, aus benachbarten „volksdemokratischen" Balkanstaaten Unterstützung erhalten; aber die Empfehlungen der Kommission an den Sicherheitsrat konnten bisher nicht verwirklicht werden, weil die Sowjetunion ihr Veto dagegen einlegte. Andererseits führten auch die Offensiven der griechischen Regierungstruppen, denen amerikanische Offiziere als Berater zur Seite stehen, bisher nicht zu einem eindeutigen Erfolg.

Daß die Bildung neuer Staaten mit schweren Geburtswehen verbunden ist, zeigte neben Palästina auch die Entwicklung in Indien. Mitte August trat dort die von der britischen Regierung vorgeschlagene Teilung Indiens in einen Hindustaat und einen Mohammedanerstaat in Kraft. Hindustan und Pakistan erhielten eigene Regierungen und wurden zu selbständigen Staatsgebilden im britischen Commonwealth. Die Übergangszeit jedoch war in gewissen Gegenden durch erbarmungslose Verfolgungen, blutige Unruhen und durch die Zerstörung ganzer Ortschaften gekennzeichnet. Der religiöse Fanatismus führte in beiden Staaten zu furchtbaren Massakern, denen allein in den Monaten August und September über 35 000

Personen zum Opfer fielen. Mitte November hatten in beiden Richtungen mehr als sieben Millionen Flüchtlinge die Grenzen der neuen Staaten passiert. Wiederholt hatte der von allen Indern verehrte 79jährige Mahatma Gandhi durch seine Drohung, bis zum Tode zu fasten, eine vorübergehende Beruhigung und Aussöhnung der Massen erreicht. Schließlich aber fiel auch er dem Fanatismus zum Opfer: am 30. Januar wurde er, der seit Jahrzehnten die Gewaltlosigkeit gepredigt, danach gehandelt und große politische Erfolge erzielt hatte, in Neu-Delhi von einem jungen, extrem nationalistischen Hindu auf offener Straße erschossen. Ganz Indien betrauerte diesen Verlust, Tausende nahmen an den Bestattungsfeierlichkeiten teil, als man den Leichnam den dortigen religiösen Sitten entsprechend verbrannte, und viele Millionen verharrten im Gebet, als später die Asche in feierlichem Zeremoniell und in Gegenwart der höchsten Würdenträger des Landes in den den Hindus heiligen Fluß Ganges gestreut wurde. Die politische Entwicklung nahm indessen den vorgesehenen Verlauf. Im Juni ging das Amt des Generalgouverneurs von Lord Mountbatten, der vordem ebenfalls als letzter den Titel eines „Vizekönigs" getragen hatte, erstmals an einen Inder über. Schließlich wurde aus der Reihe der Titel, die der englische König führt, derjenige eines „Kaisers von Indien" gestrichen — und damit war auch formell die ganze Macht in indische Hände gelegt, wie dies die britische Regierung seinerzeit versprochen hatte. Im Verlauf dieser Entwicklung ist auch die Insel Ceylon zu einem selbständigen britischen Dominion geworden, während Burma sich zur vollständig unabhängigen Republik erklärt hat und aus dem britischen Reichsverband ausgeschieden ist. Tendenzen zur Lockerung der Bindungen zum Britischen Reich machten sich auch in der Südafrikanischen Union bemerkbar, nachdem die Regierung des Generals Smuts Ende Mai in den Parlamentswahlen unterlegen war und Dr. Malan, der Führer der siegreichen Nationalistischen Partei, ein neues Kabinett gebildet hatte. So sah England, dessen Thronfolgerin Prinzessin Elisabeth sich im November mit dem aus dem griechischen Königshause stammenden Philip Mountbatten verheiratet hat, seinen politischen Einfluß weiter leicht zurückgehen.

Dagegen hat das politische Gewicht der Vereinigten Staaten erneut zugenommen. Das zeigte nicht nur die entscheidende Rolle, die die USA in der Weltpolitik und in Europa spielten, sondern trat auch auf dem amerikanischen Kontinent in Erscheinung, besonders auf der interamerikanischen Konferenz in Petropolis (Brasilien) im August, die mit der Unterzeichnung des Paktes von Rio über die Verteidigung der westlichen Hemisphäre durch 19 amerikanische Staaten abgeschlossen wurde, und auf der 9. Panamerikanischen Konferenz in Bogota (Kolumbien) im April, die die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der 21 amerikanischen Republiken weiter förderte. Stark machte sich der amerikanische Einfluß aber auch auf der Internationalen Handelskonferenz in Havanna geltend. Diese Konferenz, an der über 50 Staaten, darunter auch die Schweiz, vertreten waren, dauerte vom November bis in den März und endete mit der Unterzeichnung der „Internationalen Handelscharta", die jedoch erst nach der Ratifikation durch die Mehrzahl der Unterzeichner in Kraft treten kann.

*

Am Anfang der eidgenössischen Chronik des Berichtsjahres steht wie ein Markstein die Doppelabstimmung vom 6. Juli über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung und über die Wirtschaftsartikel, zwei Vorlagen, deren Annahme bereits im letztjährigen Bericht verzeichnet werden konnte; und an ihrem Ende steht ein zweifaches festliches Ereignis: die Hundertjahrfeier unserer Bundesverfassung vom 20. und 27. Juni in Bern, die mit dem eidgenössischen Sängerfest zusammenfiel. Auch im Jahre 1848, als die außerordentliche Tagsatzung den Verfassungsentwurf nach langen Beratungen am 27. Juni angenommen und ihn dann zur Volksabstimmung an die Stände weitergeleitet hatte, war zwar nicht das erste, wohl aber erstmals in Bern das eidgenössische Sängerfest durchgeführt worden. Man feierte also jetzt gleichsam ein Doppeljubiläum. Während mehr als einer Woche prangte die Bundesstadt im Flaggenschmuck, und nicht nur aus der ganzen

Schweiz, sondern auch aus dem Ausland und sogar aus Übersee reisten die Eidgenossen nach Bern, um die vaterländischen Festtage mitzuerleben. Schon in der zweiten Hälfte 1947 waren eidgenössische Festlichkeiten zu verzeichnen gewesen: Im Juli hatte ebenfalls in Bern das eidgenössische Turnfest stattgefunden, und im August begingen in Zürich und Baden die schweizerischen Eisenbahnen den offiziellen Tag ihrer Jahrhundertfeier; vorher schon und nachher noch trug die „Spanisch-Brötli-Bahn", eine getreue Nachbildung des ersten schweizerischen Eisenbahnzuges, der die Strecke Zürich—Baden befahren hatte, die festliche Stimmung auf zahlreichen Fahrten in alle Gaue des Landes.

Neben den Festlichkeiten fehlte es jedoch nicht an ernster politischer Arbeit. Aus dem Gebiet der Innenpolitik seien zuerst die Nationalratswahlen vom 26. Oktober genannt. Sie veränderten das Gesicht unseres Parlaments insofern, als die Freisinnigen mit 52 Mandaten (vorher 47) wieder zur stärksten Fraktion wurden, während die Sozialdemokraten mit 48 Mandaten (vorher 55) an zweite Stelle rückten; auch zogen die Kommunisten, die während der Kriegsjahre verboten gewesen waren und sich nun „Partei der Arbeit" nennen, mit einer Delegation von 7 Mann wieder in den Nationalrat ein. In der Dezembersession wählte dann das erneuerte Parlament an Stelle des zurückgetretenen Bundesrates Dr. Walter Stampfli den der Waadtländer Radikalen Partei angehörenden Staatsrat Rodolphe Rubattel neu in unsere oberste Landesbehörde, wo er von seinem Vorgänger das Volkswirtschaftsdepartement übernahm. Der nächste eidgenössische Urnengang fiel auf den 14. März und galt der sogenannten Zuckervorlage. Sie erstrebte im Interesse einer gesicherten Landesversorgung und der Landwirtschaft die Förderung des Zuckerrübenbaus in Verbindung mit der Errichtung einer zweiten Zuckerfabrik in der Ostschweiz, wurde aber in der Abstimmung mit 481 300 Nein gegen 272 700 Ja abgelehnt; nur die Stände Freiburg und Genf wiesen annehmende Mehrheiten auf. Das „Nein", mit dem am gleichen Tag auch verschiedene kantonale und kommunale Vorlagen im Schweizerland herum zurückgewiesen worden sind, wurde vielfach als Volksveto gegen die Ausdehnung der öffentlichen Ausgabenpolitik und der staatlichen Reglementierungen der Wirtschaft aufgefaßt. Mag diese Deutung zutreffen oder nicht — jedenfalls erhob sich keinerlei Widerspruch gegen den allmählich weiter fortschreitenden Abbau der aus den Kriegsjahren herrührenden Zwangswirtschaft und der Rationierung, die auf Ende Juni sogar völlig aufgehoben werden konnte. Freilich würde sich täuschen, wer da glauben wollte, man könne nun einfach zur „guten alten Zeit" zurückkehren. Am Festzug zur Verfassungsfeier marschierte eine Gruppe mit, die in humorvoller Weise das Anwachsen des Staatssäckels in den letzten hundert Jahren veranschaulichte: das erste eidgenössische Budget von 1848 betrug 1,4 Millionen, das von 1948 aber 1786 Millionen! Das zeigt deutlich, in welchem Maße die Aufgaben des Bundes zugenommen haben. Denkt man noch an die Staatsschuld, die bis heute auf mindestens acht Milliarden angewachsen ist, so versteht man, daß die Bundesfinanzreform, die heute im Vordergrund der politischen und parlamentarischen Diskussion steht, ein Problem darstellt, das nicht im Handumdrehen gelöst werden kann; denn durch sie soll auch der verfassungsmäßige Weg gefunden werden, um die Mittel zu beschaffen, die bisher die während der Kriegsjahre durch Notrecht eingeführten Bundessteuern eingebracht haben.

Zu verfassungsrechtlich interessanten Auseinandersetzungen führten im Verlauf des Berichtsjahres auch die Bestrebungen zur Wiedervereinigung beider Basel. Beide Halbkantone hatten seinerzeit eine Wiedervereinigung durch Volksabstimmung gebilligt, Basel-Stadt mit großem, Baselland mit schwachem Mehr. Nun handelte es sich darum, daß der Bund den Zusammenschluß und die notwendigen Verfassungsänderungen gewährleiste, was jedoch zuerst vom Ständerat, dann aber im März auch vom Nationalrat mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Nicht so weit gediehen die Dinge im Kanton Bern, wo allerdings nicht die Frage eines Zusammenschlusses, sondern vielmehr diejenige einer Spaltung die Gemüter bewegte und eidgenössisches Aufsehen erregte. Differenzen zwischen Regierungsrat und Großem Rat über die Departementsverteilung in der Regierung führten

im September dazu, daß sich der französisch sprechende Berner Jura zurückgesetzt fühlte und eine dortige Minderheit für die Lostrennung und die Bildung eines selbständigen „Kantons Jura" agitierte. Die Kampagne flaute erst wieder ab, als im Juni bei der Ersatzwahl für den zurücktretenden jurassischen Regierungsrat Mouttet der Kandidat der katholisch-konservativen Partei, die erstmals im Kanton Bern Anspruch auf einen Sitz erhob und bei den Separatisten Anhänger fand, nicht nur im ganzen Kanton, sondern auch im Jura selber in der Minderheit blieb und der liberale Katholik Virgile Moine gewählt wurde.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik stand zunächst die Frage der Beteiligung der Schweiz an den Konferenzen über den Marshall-Plan im Vordergrund. Sie wurde vom Bundesrat bejaht, obwohl ja der Marshall-Plan nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, sondern von Anfang an auch seine politische Seite hatte. Indessen beschränkt sich die schweizerische Mitarbeit ausschließlich auf das wirtschaftliche Gebiet. Daß in dieser Hinsicht auch die Beziehungen zum Osten gepflegt werden, beweist die Tatsache, daß im März ein ziemlich weitgehendes Handelsabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen werden konnte. Ferner beteiligten sich schweizerische Delegationen auch an der Internationalen Handelskonferenz in Havanna, wo vor allem das Problem der Lockerung der zwischenstaatlichen Handelsschranken zur Diskussion stand, und an der UNO-Konferenz für Presse- und Informationsfreiheit, die in Genf stattfand. Weiter sei erwähnt, daß mit einer Reihe von Staaten, so auch mit Frankreich und Italien, die Aufhebung der Visumspflicht für Auslandreisen vereinbart werden konnte. Das Ausland seinerseits hat sein Interesse für unser Land durch Besuche einer ganzen Reihe hervorragender Persönlichkeiten bekundet. Nennen wir zunächst drei Frauen, die den Bundesrat offiziell besuchten: Frau Eleanor Roosevelt, die Gattin des verstorbenen großen amerikanischen Präsidenten, die in Genf die UNO-Kommission für Menschenrechte präsidierte; dann Rajkumari Amrit Kaur, die im neuen indischen Staat Hindu-

Das Stationsgebäude von Blausee-Mitholz nach der Explosion des Munitionsdepots 19. Dezember 1947

Photopreß-Bilderdienst Zürich

Eisenbahnkatastrophe vom 22. Februar 1948 in Wädenswil

Photopreß-Bilderdienst Zürich

wesentlich unter dem Durchschnitt der letzten 80 Jahre lagen, dagegen zeigten sie Schattentemperaturen, die den Durchschnitt weit übertrafen und am 29. Juli in Bern mit 35,4, in Zürich mit 37,6 und in Basel mit 38,7 Grad Celsius den höchsten in unserem Land jemals gemessenen Stand erreichten. Auch das Ausland litt unter den gleichen Verhältnissen. Bäche und Quellen versiegten, die sonst so grünen Matten unseres Mittellandes lagen viele Wochen lang dürr und steppenähnlich unter der glühenden Sonne, und das Vieh mußte mit Heu gefüttert oder in die Berge getrieben werden, wo die Verhältnisse etwas günstiger lagen. Auch zahlreiche Bäume fielen der Dürre zum Opfer, und der Schaden war allgemein so groß, daß im September durch Bundesbeschluß ein Betrag von 60 Millionen Franken für Hilfemaßnahmen an die besonders schwer betroffenen Gebiete bereitgestellt wurde. Empfindlich wirkte sich der Wassermangel auch auf die Kraftwerke aus, und wiederholt mußte die Stromversorgung sehr stark eingeschränkt werden. Eine entscheidende Wendung trat eigentlich erst im Juni ein, der erstmals wieder eine über dem Durchschnitt liegende Niederschlagsmenge aufzuweisen hatte.

So schloß das Berichtsjahr wenigstens punkto Wetter mit einer Kursänderung, die hoffentlich eine Wendung zum Bessern bedeutet. Daß sich ähnlich auch das politische Wetter zum Wohle der geplagten Welt ändern möchte, ist der Wunsch, mit dem sich der Chronist diesmal von seinen Lesern verabschiedet.

stan dem Gesundheitsministerium vorsteht; und Frau Eva Peron, die Gattin des Präsidenten von Argentinien. Ferner weilten der belgische Ministerpräsident Spaak, der österreichische Bundeskanzler Figl und der italienische Außenminister Graf Sforza in Bern, um dem Bundesrat persönlich den Dank ihrer Länder für die schweizerische Hilfstätigkeit auszusprechen. Sodann hatten kurz nacheinander zuerst der französische Generalstabschef de Lattre de Tassigny und der holländische Generalstabschef Kruls und später der Oberkommandierende der schwedischen Landarmee zum Studium unseres Wehrwesens die Schweiz besucht.

*

Einleitend ist von einem Dürrejahr geschrieben worden. Tatsächlich war es in dieser Hinsicht ein außergewöhnliches Jahr! Fast sämtliche Monate wiesen Niederschlagsmengen auf, die